

ben, aber nicht aller Aberglaube sei Religion. Religion sei eine Art von Glaube mit eigener Organisation, Lehre und Ritual. Feudalistischer Aberglaube weise nicht die Besonderheiten moderner Religionen auf, sondern hindere die Produktion und sei schädlich für die Stabilität und die Vier Modernisierungen. Aktivitäten und Organisationen im Bereich des Aberglaubens seien zu verbieten, Praktiker des Aberglaubens seien zu produktiver Arbeit zu erziehen. Ebenso seien die Menschen, die durch abergläubische Praktiken getäuscht worden seien, aufzuklären. Hingegen seien die Sitten und Gebräuche nationaler Minderheiten zu respektieren und nicht als feudalistischer Aberglaube anzusehen.

3. Man müsse in Einklang mit dem Gesetz handeln, d.h., der Staat habe die verfassungsmäßig festgelegte Glaubensfreiheit zu garantieren. Normale religiöse Aktivitäten seien garantiert, hätten sich aber im Bereich der Legalität zu bewegen. Die Geistlichen sollten im politischen Leben des Staates eine Rolle spielen, doch dürfe die Religion nicht in die Politik und das Bildungswesen hineinwirken, noch sei es erlaubt, Jugendlichen und Kindern religiöse Ideen aufzuzwingen oder sie zum Glauben zu zwingen. Gegenwärtig gebe es in einigen Gegenden Menschen, die unter dem Deckmantel der Religion Streit unter den Nationalitäten schürten; dies sei unbedingt zu unterbinden. Illegale Aktivitäten seien ein politisches Problem und hätten nichts mit Religion zu tun. Religiöse Aktivitäten hätten den Interessen des Staates und des Volkes zu dienen. Das gemeinsame Interesse des Volkes seien die Vier Modernisierungen, und auch die Gläubigen sollten dafür ihren Beitrag leisten.

Zusammenfassend heißt es noch einmal, daß die Gläubigen das Recht auf normale religiöse Aktivitäten hätten, sofern diese nicht die Produktion oder die soziale Ordnung beeinträchtigten. Auch die Nichtgläubigen hätten das Recht, ihren Standpunkt zu propagieren, doch hätten sie die religiösen Gefühle der Gläubigen zu respektieren und dürften nicht an religiösen Plätzen oder während religiöser Aktivitäten atheistische Propaganda betreiben (GMRB, 30.11.80).

An dem Artikel läßt sich deutlich die tolerante Haltung der Partei gegenüber der Religion ablesen. Die Partei betrachtet die Religionsfrage gegenwärtig nicht als vordringliches Problem, sondern als eine Frage, die sich langfristig sozusagen von selber lösen wird. Solange die Ausübung einer Religion niemanden stört und die Modernisierungspolitik nicht behindert, ist sie gestattet. Religion ist Privatsache, in die sich der Staat nicht einzumischen braucht, es sei denn, sie bildet den Deckmantel für illegale politische Aktivitäten. Die Sorge vor derartigen Aktivitäten erinnert an die Angst vor religiösen Geheimbünden im traditionellen China, in denen die Regierung immer potentielle Unruhestifter und politische Opponenten sah.

-st-

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(27) Politikwissenschaftliche Gesellschaft gegründet

Ende Dezember 1980 wurde in Beijing die Chinesische Gesellschaft für Politikwissenschaft (Zhongguo zhengzhi xuehui) gegründet. Hu Qiaomu in seiner Eigenschaft als Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften hielt vor der Gründungsversammlung eine Ansprache. Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde Zhang Youyu gewählt (einer der führenden Juristen Chinas). Damit ist die Politische Wissenschaft, die dreißig Jahre lang diskriminiert war, in China wieder neu belebt worden. Man müsse die selbständige Position der Politikwissenschaft unter den Sozialwissenschaften wiederherstellen und für die Etablierung einer marxistischen Politikwissenschaft mit chinesischen Besonderheiten kämpfen, so wurde von führenden Vertretern der Gesellschaft betont (RMRB, 29.12.1980).

-st-

(28) Konferenz über Boxerbewegung

In Jinan, der Hauptstadt der Provinz Shandong, hat kürzlich mit über 300 Teilnehmern eine historische Konferenz über die Boxerbewegung von 1900 stattgefunden. Die Teilnehmer diskutierten hauptsächlich vier Fragenkomplexe: 1. Den Charakter der Boxerbewegung: Hier war man sich darüber einig, daß es sich bei den Boxern um eine anti-imperialistische Bewegung handelte. Unterschiedlicher Meinung war man, inwieweit die Bewegung auch antifeudalistisch war. Die einen waren der Auffassung, daß die Boxer lediglich anti-imperialistisch und nicht auch antifeudalistisch waren, weil sie sich nicht gegen das feudale Grundbesitzsystem gewandt hätten. Andere meinten, die Boxer hätten auch antifeudalistische Züge, weil sie gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung gekämpft hätten. Wieder andere wollten zwischen der Früh- und Spätphase der Boxerbewegung unterscheiden; während der antifeudalistische Charakter in der Frühphase relativ offensichtlich gewesen sei, sei er auf dem Höhepunkt der Bewegung verdeckt worden. 2. Das Problem der Fremdenfeindlichkeit: Während einige Historiker den Kampf gegen alles Ausländische für ungerechtfertigt und als nicht im eigentlichen Interesse des chinesischen Volkes betrachteten, sahen andere den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung als Ausdruck des verschärften Gegensatzes zwischen dem Imperialismus und dem chinesischen Volk. 3. Die historische Bedeutung der Boxerbewegung: Hier stimmten alle überein, daß die Boxerbewegung einen Schlag gegen die feudalistische Herrschaft der Mandschu-Dynastie bedeutete. Bezüglich der Frage, inwieweit es den Boxern zuzuschreiben ist, daß China von den imperialistischen Mächten nicht aufgeteilt wurde, oder

inwieweit diese Tatsache auf die Uneinigkeit der imperialistischen Mächte untereinander zurückzuführen ist, war man unterschiedlicher Auffassung. 4. Das Problem der Herkunft der Boxer: Über die komplizierte Herkunftsgeschichte der Boxer herrschten drei Meinungen vor. Die einen wiesen auf die engen Beziehungen zwischen einer Sekte der acht Trigamme, einem Zweig der Sekte des Weißen Lotos, und den Boxern hin, andere erklärten ihre Herkunft aus den Aktivitäten der Gesellschaft der großen Schwerter und der Organisation "Faust der Pflaumenblüte", wieder andere schließlich leiteten ihre Herkunft von den Dorfmitzeln ab (RMRB, 15.12.1980; GMRB, 14.12.1980).

Die Diskussionen machen deutlich, daß die Historiker keine vorgefaßten Schablonen akzeptieren, sondern sich wissenschaftlich mit den verschiedenen Problemen und Meinungen auseinandersetzen. Grundsätzlich hat die Kommunistische Partei die Boxerbewegung immer positiv beurteilt. Eine kritische Bewertung kommt aber jetzt darin zum Ausdruck, daß nicht alle Historiker der Bewegung einen antifeudalistischen Charakter zuschreiben und daß viele Historiker die pauschale Fremdenfeindlichkeit der Boxer kritisieren.

-st-

(29) Buddhistisches Institut wiedereröffnet

Im Dezember 1980 wurde das Chinesische Buddhistische Institut (Zhongguo Fouxue Yuan) nach 14-jähriger Unterbrechung wiedereröffnet. Die offizielle Wiedereröffnungsfeier fand anlässlich der vierten nationalen Tagung der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung in Beijing statt. Das Institut, das 1956 gegründet und mit Beginn der Kulturrevolution 1966 geschlossen wurde, ist in dem 1300 Jahre alten Fayuan-Tempel südwestlich von Beijing untergebracht. Zwischen 1956 und 1966 hat es 380 Mönche ausgebildet. Im laufenden Studienjahr hat das Buddhistische Institut 40 neue Studenten aufgenommen, deren Bildungsniveau durchweg über der Mittleren Reife liegt. Alle mußten eine Eingangsprüfung absolvieren. Die Studenten, deren Alter zwischen 18 und 30 Jahren liegt und die aus Fujian, Zhejiang, Sichuan, Hubei, Jiangxi, Shaanxi, Liaoning, Shanghai und Beijing kommen, müssen sich einem intensiven Studium und einem strengen religiösen Leben unterziehen. Das Studium besteht aus einem zweijährigen Vorbereitungskurs und drei Jahren eigentlichem Studium (RMRB, 24.12.80; siehe auch XNA, 23.12.80).

Eine Zweigstelle des Buddhistischen Instituts wurde ebenfalls im Dezember in Suzhou eröffnet, wo gegenwärtig 20 Studenten ausgebildet werden (XNA, 13.12.1980).

Daß heute in China wieder Mönche ausgebildet werden können und somit der Klerus wieder jungen Nachwuchs erhält, ist der gegenwärtigen Religionspolitik zu verdanken. Diese beinhaltet,

daß die Glaubensfreiheit respektiert wird und Religionsausübung gestattet ist, solange sie der Politik der Partei nicht schadet.

-st-

(30) Gu Jiegang verstorben

Einer der bekanntesten und angesehensten Historiker Chinas ist am 25. Dezember 1980 in Beijing verstorben: Gu Jiegang (Ku Chieh-gang). Gu Jiegang wurde 1895 in Suzhou geboren und hat sich vor allem als Begründer einer modernen kritischen Geschichtswissenschaft in den zwanziger und dreißiger Jahren einen Namen gemacht. Die Ergebnisse dieser Forschungen sind in dem von ihm zwischen 1926 und 1941 in 7 Bänden herausgegebenen Werk "Gushi Bian" (Diskussionen über die alte Geschichte) dargelegt. In der VR China bekleidete er mehrere wissenschaftliche und politische Ämter, doch in dem Jahrzehnt der Kulturrevolution war es still um ihn geworden. Erst in den letzten Jahren trat sein Name wieder häufig in Erscheinung. Er war in der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes tätig und Abgeordneter des V. Nationalen Volkskongresses. Als Wissenschaftler gehörte er dem Historischen Institut der Akademie der Sozialwissenschaften an, außerdem war er u.a. Vorstandsmitglied der Historischen Gesellschaft und Komiteemitglied des Verbandes der Literatur- und Kunschtchaffenden sowie stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft zum Studium der Volksliteratur und -kunst. Die Volkszeitung brachte am 30. Dezember 1980 die Meldung vom Tode des Historikers und würdigte seine Verdienste. Sie gab auch Kenntnis von seinem Wunsch, den er Angehörigen und Freunden gegenüber mehrfach geäußert hatte, daß er keine Beisetzungsfeierlichkeiten wolle, sondern sein Leichnam der medizinischen Forschung zur Verfügung gestellt werden solle.

-st-

(31) Nationale Erziehungskonferenz in Tianjin

Vom 1. bis 13. Dezember 1980 fand in Tianjin eine vom Erziehungsministerium einberufene nationale Konferenz über die gegenwärtigen Aufgaben im Erziehungswesen statt. Als Auftakt zu dieser Konferenz erschien in der Volkszeitung ein Leitartikel unter der Überschrift "Die gesamte Partei und das gesamte Volk müssen dem Erziehungswesen mehr Aufmerksamkeit schenken" (1.12.1980). Darin wird eine schnellere Entwicklung des Erziehungswesens als unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der Modernisierungspolitik hingestellt. Der Artikel beklagt folgende Mängel: Im Staatshaushalt sei fürs Bildungswesen ein zu geringer Anteil vorgesehen; die Primärerziehung sei nach 31 Jahren, die die Volksrepublik nunmehr bestehe, immer noch nicht überall eingeführt; die Sekundärerziehung sei wenig sinnvoll strukturiert, und im Hochschulbereich kämen auf 10.000 Menschen der Bevölkerung nur 12 Studenten. Als

wichtigsten Grund für das niedrige Niveau in Verwaltung und Produktion nennt der Artikel die Vernachlässigung der Bildung. Er fordert u.a. die Einbeziehung des Bildungswesens in die Wirtschaftspläne und auf allen Ebenen größere Zuwendungen für den Erziehungssektor. Die gleichen Forderungen wurden auf der Tianjiner Konferenz erhoben. Die Konferenzteilnehmer stimmten darin überein, in der zukünftigen Bildungspolitik folgende Maßnahmen zu ergreifen: 1. weiterer Ausbau der Primärerziehung; 2. Reform der Struktur der Mittelschulen im Sinne einer stärkeren Förderung der beruflichen und technischen Bildung; 3. Förderung des Niveaus der Hochschulen, insbesondere der Schwerpunkt-hochschulen, unter gleichzeitigem Ausbau von Rundfunk- und Fernsehhochschulen, Fernkursen und Abendschulen (GMRB, 22.12.1980).

-st-

(32) Rechtswissenschaftliche Kurse in Beijing

Als erste Stadt hat Beijing im Dezember 1980 eine Abendhochschule zum Studium der Rechtswissenschaft eingerichtet. Die Hochschule bietet 16 Abendkurse in Rechtswissenschaft, 3 Kurse in politischer Theorie, 3 kulturelle Kurse und einen Kurs in Fremdsprachen an. Zur Zeit sind an ihr 156 Studenten eingeschrieben, die von über 1000 Bewerbern ausgewählt wurden. Bei den Bewerbern handelte es sich durchweg um im Beijinger Rechtswesen beschäftigte Personen. Durch die Kurse soll den besten unter ihnen die Gelegenheit gegeben werden, sich durch ein Studium eine höhere Qualifikation zu erwerben und so dem Mangel an juristischen Fachkräften abzuwenden. Von den 1800 im Rechtswesen Beijings Beschäftigten, so heißt es, haben nur 12% ein Jurastudium absolviert. Der Rest sind ehemalige Armeeingehörige mit Mittelschulbildung. Die Abendhochschule wird gemeinsam von der Beijinger Justizbehörde, der Beijinger Ortsgruppe der Jiusan-Gesellschaft (einer der acht demokratischen Parteien) und der Juristischen Fakultät der Beijing-Universität betrieben. Die Absolventen des vierjährigen Abendstudiums erhalten nach bestandem Examen ein Diplom, mit dem sie die gleiche Qualifikation wie Absolventen eines regulären Jurastudiums erhalten (XNA, 14.12.80).

Auch um die Fortbildung voll ausgebildeter Juristen kümmert man sich in Beijing. Die Beijinger Rechtswissenschaftliche Gesellschaft veranstaltet zur Zeit eine Vortragsreihe mit 40 Vorträgen, die über ein Jahr laufen und den Juristen die Möglichkeit geben soll, sich über den neuesten Stand auf den verschiedenen Gebieten der Rechtswissenschaft zu informieren, nachdem die meisten von ihnen viele Jahre nicht in ihrem Beruf arbeiten konnten (XNA, 17.12.80).

Zur Förderung der regulären juristischen Ausbildung wurden jüngst wieder zwei neue juristische Fakultäten eingerichtet: eine an der

Nankai-Universität in Tianjin (XNA, 9.12.80) und eine in Henan am Zentralinstitut für Politische Wissenschaft und Recht im Kreis Jiyuan (XNA, chin., 4.12.80, nach SWB, 18.12.80). Bisher konnte man in China nur an etwa 15 Universitäten und Hochschulen Jura studieren (vgl. C.a., Mai 1980, 0 46), d.h., die Schaffung weiterer Ausbildungsmöglichkeiten für den juristischen Nachwuchs ist nach wie vor dringend erforderlich.

-st-

(33) Wiedereinführung des Soziologiestudiums

Ab Februar 1981 wird nach fast dreißigjähriger Unterbrechung an einigen großen Universitäten Chinas, darunter der Beijing- und der Nankai-Universität, wieder die Möglichkeit bestehen, Soziologie zu studieren. Dies gab der führende Soziologe Chinas, der heute 70jährige Fei Xiaotong, bekannt. Es sei erforderlich, so sagte er, daß innerhalb kürzester Zeit eine möglichst große Zahl von Soziologen ausgebildet würde, weil China wegen der Brandmarkung dieser Wissenschaft als bürgerlich, nutzlos und reaktionär praktisch über keine Soziologen verfüge. An den chinesischen Universitäten sei die Soziologie im Jahre 1952 abgeschafft worden. Er hoffe, daß innerhalb der nächsten fünf Jahre wenigstens 200 Soziologen zum Studienabschluß geführt werden könnten, die dann den Grundstock für den Wiederaufbau der Soziologie in China bilden könnten.

Prof. Fei führte aus, daß die Soziologie im Sozialismus ebenso wie im kapitalistischen System gebraucht würde. Die heute in China existierenden sozialen Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Löhne, Wohnungen, Übervölkerung, Jugendkriminalität, Bildungswesen und das Verhältnis der Bevölkerung zur Verwaltung, müßten soziologisch untersucht werden. Nur so könne die Regierung vernünftige Antworten auf diese Probleme finden, die dazu beitragen könnten, das sozialistische System zu verbessern.

Als bedeutsamen Markstein für die Entwicklung der Soziologie in China bezeichnete Prof. Fei die kürzlich erfolgte Gründung des Soziologischen Instituts an der Akademie der Sozialwissenschaften, zu dessen Direktor er ernannt worden sei. Gegenwärtig jedoch mangle es an Personal, Ausstattung und Erfahrungen. Das Institut werde seine Arbeit mit Erhebungen in einigen Wohngebieten Beijings beginnen, um seine Untersuchungen dann später auf Fabriken und ländliche Gemeinden auszudehnen (XNA, 17.12.80).

-st-

(34) Chinesische Puppenspiel-Gesellschaft gegründet

In China gibt es etwa 100.000 Marionetten- und Schattenspieler, und zwar sowohl Berufs-

(35)

(36)

als auch Amateurkünstler. Diese haben sich zum Jahresende 1980 zu einer nationalen Puppenspiel-Gesellschaft zusammengeschlossen, der ersten in China überhaupt. Ziele der Gesellschaft sind der Austausch mit anderen Ländern, die Veranstaltung von Theaterfestspielen sowie die Unterstützung der Entwicklung traditioneller Techniken und der Ausbildung junger Künstler. Die neue Gesellschaft untersteht der Chinesischen Dramatikervereinigung. Ihr Vorsitzender ist Yu Zeguang, der 1963 eine internationale Auszeichnung für einen Marionettenfilm erhielt und Regisseur und Produzent von Marionettenfilmen ist (XNA, 31.12.80).

Unter der gegenwärtigen Kulturpolitik werden die traditionellen Künste, zu denen das Puppen- und Schattenspiel gehören, besonders gefördert. Auf Provinzebene gibt es heute wieder über 20 Puppen- und Schattenspiel-Gesellschaften, die vom Staat unterstützt werden und die die alte Kunst, die besonders auf dem Lande sehr populär ist, wiederbeleben sollen (ebd.).

(35) Neue historische Zeitschrift

Ab 1981 wird eine neue historische Zeitschrift mit dem Titel "Historisches Archiv" (Lishi Dangan) erscheinen. Über die Hälfte des Inhalts jeder Nummer dieser Vierteljahreszeitschrift sollen Dokumente aus chinesischen oder ausländischen Archiven, hauptsächlich aus der Ming- und Qing-Zeit sowie der Zeit der Republik, aber auch aus der Zeit vor der Ming-Dynastie, einnehmen. Die Zeitschrift wird gemeinsam vom Ersten und vom Zweiten Historischen Archiv Chinas herausgebracht. Sie soll der historischen Forschung des In- und Auslands, Professoren und Studenten Material aus erster Hand zur Verfügung stellen. Es handelt sich um die zur Zeit einzige Zeitschrift, die historisches Quellenmaterial verbreitet (RMRB, 25.12.80).

AUSSENWIRTSCHAFT

(36) Neuregelung für Devisenverkehr in der VR China

Die chinesische Regierung macht für alle chinesischen und ausländischen Organisationen und Privatpersonen, die sich in der VR China aufhalten, den Devisenverkehr über die Bank von China obligatorisch. Diese Bestimmung ist enthalten in den "Provisional Regulations for Exchange Control of the People's Republic of China", die vom Staatsrat am 18. Dezember veröffentlicht wurden und am Ende dieses Heftes abgedruckt sind.

Die Bestimmungen gelten auch für alle Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischer Beteiligung und für in der VR China zeitweilig lebende

ausländische Staatsbürger. Gleichfalls beziehen sich die Bestimmungen auf alle im Ausland tätigen chinesischen Organisationen, Unternehmungen sowie auslandsreisende Gruppen und einzelne chinesische Staatsbürger.

(37) Kreditanstalt für Wiederaufbau bietet Kredite für Anlagenexport nach China an

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt hat mit der Bank of China, Beijing, am 27.11.1980 eine grundsätzliche Vereinbarung über die Finanzierung von Exportaufträgen getroffen, allerdings nur für Anlagenexporte und nicht für Konsumgüterexporte. Finanziert werden können im einzelnen Aufträge ab 1 Mio. DM, sofern eine Hermes-Deckung gegeben ist und die Kreditlaufzeit mindestens vier bis fünf Jahre, gerechnet ab mittlerer Lieferzeit bzw. Betriebsbereitschaft, beträgt.

Es existiert keine besondere Kreditlinie, sondern ein Kreditrahmen in einer Gesamthöhe von 500 Mio. DM seitens der KfW.

Aufgrund der zwischen beiden Finanzierungsinstitutionen hergestellten Kontakte vereinbarte die KfW einen Muster-Kreditvertrag mit der BoC, so daß man eine Hilfestellung beim Procedere anbieten kann. Primär zielt die KfW mit dieser Kreditvereinbarung darauf ab, kleinere und mittlere deutsche Unternehmen im China-Geschäft eine Hilfe zu geben.

(38) Repräsentanzen ausländischer Unternehmen in Beijing

Bis zum 18. Dezember 1980 hatten 79 ausländische Unternehmen nach dem Durchlaufen der offiziellen Registrierung eine Repräsentanz in Beijing eröffnet (vgl. Aufstellung im Anhang Dokumente) (CEN, 5.1.81).

(39) Gespaltener Yuan-Kurs

Vom 1. Januar 1981 an wird die VR China zur internen Verrechnung im Außenhandel einen separaten Yuan-Verrechnungskurs einführen. Diese Maßnahme zielt auf eine Steigerung der Exporte und auf Deviseneinsparungen ab. Nach einem Beschluß des Staatsrates werden alle Import- und Exportorganisationen zur Verrechnung ihrer Deviseneinnahmen bzw. -ausgaben für 1 US\$ den Gegenwert von 2,8 Yuan ansetzen. Dieser Kurs ist fast doppelt so hoch wie der offizielle Kurs zum US\$, nämlich 1,5 Yuan.

Auf diese Weise erhalten alle exportierenden Organisationen bzw. Unternehmen für ihre Deviseneinnahmen einen weitaus günstigeren Verrechnungskurs durch die Bank von China. Gleichzei-